

Gesellschaftliche Aufklärung über psychische Krankheiten

Zum Hinschied von Cécile Ernst

Der Lebensbogen von Cécile Ernst-Allemann hat sich am 22. April vollendet. Mit ihrer Person und ihrem Wirken hat sie wichtige Zeichen gesetzt. 1926 geboren, gehörte sie einer Generation an, in der die Ausbildung von Frauen noch keine Selbstverständlichkeit war, geschweige denn ein Studium. Cécile Ernst-Allemann absolvierte gleich deren zwei: Bereits 1951 doktorierte sie im Fach Psychologie an der Universität Zürich, studierte anschliessend Medizin und beendete dieses Zweitstudium 1958 erfolgreich mit dem Staatsexamen. Nach der Geburt ihrer vier Kinder promovierte sie 1971 im Fach Medizin.

1964 bis 68 war Cécile Ernst-Allemann als Assistenzärztin an der psychiatrischen Klinik Hohenegg in Meilen und ab 1970 teilweise als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich tätig. In diesem Rahmen arbeitete sie an der Zürcher Studie zur Epidemiologie psychischer Krankheiten mit und verfasste mehrere Arbeiten zur Depressions- und Suizidforschung. Mit diesen Veröffentlichungen und zahlreichen Beiträgen auch für die NZZ aus ihrem breiten Fachwissen hat sie sich in der Öffentlichkeit einen Namen gemacht. Sie war Mitglied von diversen Ethikkommissionen, so in der vom Bundesrat bestellten Arbeitsgruppe zur Frage der aktiven Sterbehilfe in der Schweiz, in der sie sich 1999 im Minderheitsvotum gegen eine Liberalisierung stark machte. Und sie wirkte mit in verschiedenen Arbeitsgruppen der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften. – Bei all ihren Engagements zeichnete sich Cécile Ernst-Allemann durch ein enormes Fachwissen aus. Ihre eigene Meinungsbildung basierte immer auf wissenschaftlichen Untersuchungen. Als kritische Wissenschaftlerin und Anhängerin der Aufklärung war sie überzeugt, dass das bessere Argument in kontroversen Debatten letztlich gewinnen wird. Die Auseinandersetzung hat sie nicht gescheut, sondern ihren Standpunkt beharrlich vertreten. Zum letzten Mal in die öffentliche Debatte eingebracht hat sie sich mit ihrer vehementen Kritik an der Neuregelung der Beihilfe zum Suizid in den Alters- und Pflegeheimen der Stadt Zürich.

Cécile Ernst-Allemann war als Frau dem Zeitgeist stets einen Schritt voraus. Dazu gehört, dass sie auf eindrückliche Weise Familie und Beruf in Einklang brachte und mit ihrem Ehemann, Klaus Ernst-Allemann, dem damaligen Direktor der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, partnerschaftlich zusammenlebte und oft auch zusammen publizierte. Sie war eine Frau mit aufrechtem Gang, einem klaren Blick fürs Wesentliche und dem Mut zum Engagement. Unbeirrt ist sie den eigenen Weg gegangen, ohne dabei ihren feinen Humor zu verlieren. Wer in ihre hellen Augen blickte, sah sogleich ihren wachen Geist und fühlte sich selbst von diesem Augenpaar erkannt. Cécile Ernst-Allemann hat die Zeit endgültig hinter sich gelassen. Als Vorbild wird sie vielen Menschen lebendig in Erinnerung bleiben.

Ruth Baumann-Hölzle

Protest gegen Heliskiing

Drei Landeplätze in Weltnaturerbe

(sda) Die Alpenschutzbewegung Mountain Wilderness Schweiz hat den Bundesrat aufgefordert, im Unesco-Weltnaturerbe Aletsch-Jungfrau-Bietschhorn das Heliskiing zu verbieten. Er soll die drei Gebirgslandeplätze aufheben. Rund 30 Mitglieder der Bewegung haben nach eigenen Angaben am Wochenende auf dem Jungfrauoch und auf der Ebnefluh gegen das Heliskiing protestiert. Sie wiesen darauf hin, dass in dem als Weltnaturerbe anerkannten Gebiet um den Aletschgletscher drei Gebirgslandeplätze liegen.

Noch unter einen Hut zu bringen?

Freiheit und Sicherheit nach dem 11. September

am. Dass das Liberale Institut und die Progress Foundation ihre 16. Economic Conference in Zürich dem Thema Freiheit und Sicherheit gewidmet haben, erstaunt nicht. Seit dem 11. September wird über die beiden Werte und ihre komplexe Beziehung wieder vermehrt diskutiert. Zum einen bedingen sich Freiheit und Sicherheit gegenseitig, da Freiheit ohne das Gefühl einer gewissen Sicherheit de facto keine Freiheit mehr ist. Zum anderen besteht eine Antinomie, die zum Tragen kommt, sobald das Sicherheitsdenken ein gewisses Mass überschreitet und in freiheitsbeschränkende Massnahmen mündet.

Notwendige Prioritätenbildung

Im Vordergrund steht zurzeit eher der antagonistische Aspekt, der sich in der Frage konkretisiert, wie die freie Welt vor weiteren tödlichen Terroranschlägen geschützt werden kann, ohne am Ende einem unerträglichen Staatsterror anheim zu fallen. Für den St. Galler Privatbanquier Konrad Hummler ist nicht klar, ob die freie Welt überhaupt in der Lage ist, den Kampf gegen den Terrorismus erfolgreich zu führen, ohne sich selber dabei in Frage zu stellen. Die zivilisierte Welt sei ja gerade deshalb eine solche, weil sie ihren Bürgern Eigenverantwortung und Freiheit zustehe. Und just bei dieser Privatsphäre müsse nun die Terrorbekämpfung ansetzen. Wollte man tatsächlich das Bedrohungspotenzial von Terroristen möglichst auf Null setzen, laufe dies auf einen weltweiten Polizeistaat erster Güte hinaus, womit sich die freie Welt gleich selber abgeschafft hätte.

Im Bewusstsein dieser Gefahr der Selbsterstörung plädiert Hummler dafür, das Ziel der Terrorbekämpfung äusserst eng zu definieren und klare Prioritäten zu bilden. Insbesondere dürfe die Tatsache, dass der Terrorismus gewissermassen ubiquitär sei, nicht dazu verleiten, den Informationsbeschaffungs- und Verfolgungsauftrag zu extensiv zu interpretieren – was allerdings bereits geschehe. Damit wende sich das System, je nebensächlicher die Delikte seien, immer mehr gegen die eigenen Bürger, was dem Kampf gegen den Terrorismus letztlich schade. Symptomatisch das Beispiel Deutschlands, wo Mittel des Bundesnachrichtendienstes zur Verfolgung von Steuer-

sündern eingesetzt würden, während man es gleichzeitig verpasse, in Hamburg und in Frankfurt die wichtigsten Zellen von al-Kaida ausserhalb der USA aufzudecken. Gefährlich aber auch die Entwicklung in den USA, wo hundert Angestellte eines Pharmazulieferers entlassen worden seien, nachdem sie bei einem Anti-Terror-Sicherheitscheck auf Grund ihrer «kriminellen Vergangenheit» (meist irgendwelche Bagatelldelikte) als Sicherheitsrisiko eingestuft worden seien.

In Korrelation zur engen Definition der Terrorbekämpfung müssten die mit dem Mandat beauftragten Instanzen nach Hummlers Ansicht mit dem höchsten denkbaren Anspruch auf Ausübung des Gewaltmonopols ausgestattet sein – als Voraussetzung, um erfolgreich operieren zu können. Der ganze Rest der «auch noch im öffentlichen Interesse» liegenden Themen, selbst wenn es sich um strafrechtlich relevante Fragen handelt, wäre jedoch aus diesem Vollmachtenregime dringend herauszuhalten, womit sich die Frage nach einer institutionellen Trennung von Terror- und Verbrechenbekämpfung stelle.

«Opec für Politiker»

Im Gegensatz zu Hummlers Ausführungen, die eher den antagonistischen Aspekt im Verhältnis Sicherheit und Freiheit beleuchteten, argumentierte der Präsident der amerikanischen Heritage Foundation, Edwin Feulner, in Analogie zum liberalen Modell der Friedenssicherung, indem er den positiven Ausfluss wirtschaftlicher Freiheit auf die Sicherheit betonte. Das nach den Terroranschlägen neu geschaffene Büro für innere Verteidigung sei zwar notwendig für den Schutz von Freiheit und Sicherheit, aber nicht ausreichend. Vielmehr gelte es, heute mehr denn je, die liberalen Errungenschaften wie Eigentumsrechte, Freihandel und Steuerwettbewerb zu fördern. Den Informationsaustausch, für den nun auch unter dem Vorwand der Sicherheit (Terrorfinanzien) geworben wird, entlarvte Feulner in diesem Zusammenhang als reinen Versuch, ein weltweites Steuerkartell zu errichten. Diese Art «Opec für Politiker» gelte es zu verhindern – zum Schutze der Freiheit und damit auch der Sicherheit.

Reichlich fliessende Steuern in Liechtenstein

150 Millionen Franken Brutto-Ertragsüberschuss in der Rechnung 2001

G. M. Vaduz, 24. April

Dank erheblich über dem Budget liegenden Steuereinnahmen schliesst die Rechnung 2001 des Fürstentums Liechtenstein mit einem hohen Ertragsüberschuss ab. Eine noch positivere Bilanz verhinderten die Einbussen bei den Vermögenserträgen. Der Überschuss konnte dem Reinertrag zugewiesen werden. Auf der hohen Kante liegen damit knapp 1,7 Mrd. Fr., beinahe das Dreifache eines Jahresbudgets.

Ein Budget der Unsicherheiten hatte die Regierung Frick für das Jahr 2001 vorgelegt. Die damalige Opposition, die heute die alleinige Regierungsverantwortung trägt, verweigerte die Zustimmung. Die Auswirkungen des ausländischen Drucks auf Liechtenstein und damit auf die Steuereinnahmen aus dem Finanzdienstleistungsbereich könnten zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht abgeschätzt werden, hatte Regierungschef Mario Frick seine vorsichtige Budgetpolitik gerechtfertigt. Der Abfluss von ausländischem Kapital, lautete die Befürchtung des Finanzministers, habe negativen Einfluss auf die Gesellschaftssteuern, die Kapital- und Ertragssteuer, die Stempelabgaben und auch die Mehrwertsteuer. Keine dieser Befürchtungen ist eingetroffen,

allein die börsenbedingten Einbussen bei den Vermögenserträgen reduzierten den deutlich über dem Budget liegenden Einnahmenüberschuss.

Die Verantwortung für das ungeliebte Budget 2001 hatte nach dem Machtwechsel die FBP-Regierung zu tragen. Sie kann nun einen Rechnungsabschluss vorlegen, der entgegen den Prognosen einen Einnahmenüberschuss aufweist. Die laufende Haushaltrechnung schliesst bei Erträgen von 789,2 Mio. Fr. und Aufwendungen von 638,8 Mio. Fr. mit einem Bruttoergebnis von 150,4 Mio. Fr. Nach Abzug der Abschreibungen zur Finanzierung der Investitionen verbleibt ein Überschuss von 56,8 Mio. Fr. Die Steuereinnahmen übertrafen das Budget um gut 15 Prozent, wobei vor allem die Kapital- und Ertragssteuer, die Mehrwertsteuer und die Stempelabgaben erheblich über den Schätzungen liegen. Die Zunahme bei der Kapital- und Ertragssteuer ist nach Angaben der Regierung auf die hohen Gewinne der im Lande tätigen Gesellschaften zurückzuführen. Die rege Börsentätigkeit zu Beginn des Rechnungsjahres 2001 liess die Stempelabgaben in die Höhe schnellen. Und die gute Wirtschaftslage kommt nach Auffassung von Regierungschef Otmar Hasler in den erhöhten Einnahmen aus der Mehrwertsteuer zum Ausdruck.

Neues Besoldungssystem begünstigt Regierungsräte

Lohnsprung für Luzerns Regierung

mjm. Luzern, 24. April

Die Luzerner Regierungsräte sollen im Rahmen einer Revision der Besoldungsordnung mehr Lohn erhalten. Neu sollen die Mitglieder der siebenköpfigen Luzerner Exekutive 252 000 Franken statt wie bisher 228 000 Franken erhalten. Hintergrund der Lohnerhöhung für die Luzerner Regierungsräte ist die Anhebung des Maximums im Besoldungsrahmen für die obersten Gehälter des Staatspersonals, das von bisher 190 000 Franken auf 210 000 Franken erhöht werden soll. Weil Regierungsräte – im Unterschied zum übrigen Staatspersonal – wie bisher feste Löhne erhalten sollen, bedeutet für sie die Ausweitung des Besoldungsrahmens einen echten, direkten Lohnsprung. Dies im Unterschied zum Staatspersonal, bei dem mit dem neuen Lohnsystem zwar bessere Perspektiven und ein erhöhter Lohnradius eröffnet werden, der aber nicht automatisch, sondern durch den Regierungsrat über die Beurteilungskriterien nutzbare Erfahrung und Leistungsentwicklung festgelegt wird. Damit profitieren Regierungsräte am meisten vom neuen Besoldungssystem. Eine Lohnerhöhung bedeutet das neue Besoldungssystem aber auch für alle übrigen Magistratspersonen, deren Gehälter in fixen Prozentsätzen der obersten Staatspersonal-Gehälter und ohne Leistungskomponente festgesetzt sind. Für die Mitglieder des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts bedeutet das neue System einen Lohnsprung von 203 300 auf 224 700 Franken.

Glarner Landrat bewilligt mehr Lohn für Lehrkräfte

Glarus, 24. April. (sda) Die im Kanton Glarus tätigen Lehrkräfte bekommen ab 1. Januar 2003 mehr Lohn. Dies beschloss der Landrat an seiner Sitzung vom Mittwoch. Zusammen mit den Verbesserungen im neuen Bildungsgesetz erfährt der Lehrerberuf eine Aufwertung. Mit der Änderung der Besoldungsverordnung anerkennt das Glarner Kantonsparlament, dass die Arbeit der Lehrkräfte anspruchsvoller und aufwendiger geworden ist. Der am Mittwoch vom Landrat gefällte Entscheid bringt Glarus neu einen Mittelplatz in der Lehrerlohntabelle der Deutschschweizer Kantone.

Die Besoldungserhöhungen liegen zwischen zwei Prozent bei der Kantonsschule und zwölf Prozent im Kindergarten. Erstmals wird eine Treueprämie eingeführt. Der Lehrerberuf wird auch durch die Bestimmungen im neuen glarnerischen Bildungsgesetz attraktiver. Die Anzahl Schulwochen wird von 40 auf 39 gesenkt, das Unterrichtspensum wird reduziert, die Klassengrößen sind so tief festgelegt wie sonst in keinem Kanton. Die Vorlage war im Landrat grundsätzlich unbestritten.

Genehmigt hat das Glarner Parlament ferner die Staatsrechnung 2001. Sie schliesst mit einem Rückschlag von 290 000 Franken ab. Im Vergleich zu den Vorjahren sei das Ergebnis schlecht und unbefriedigend. In Zukunft müssten sich Landrat und Regierung noch kostengünstiger verhalten, sagte der Präsident der landrätlichen Finanzkommission.

Kurzmeldungen

Revidierte Bauplanung für die Universität Luzern. Die Universität Luzern soll 2008 in einen Neubau am Kasernenplatz einziehen. Das Hochbauamt hat den Planungswettbewerb eröffnet. Es geht dabei nicht nur um ein Hauptgebäude für 900 Studenten, sondern auch um ein Zusatzmodul für weitere 300 Personen, mit denen man für das Jahr 2010 rechnet. Die Kostenlimite wird dadurch von 65 auf 71 Millionen Franken erhöht. (sda)

Einladung zur «6. Messe nach der Messe».

Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 12.00 - 18.30

Samstag: 09.00 - 16.00



Vom Donnerstag, 18. April, bis und mit Samstag, 27. April 2002,

präsentieren wir Ihnen in unserem Uhren- und Juwelen-Fachgeschäft

am Paradeplatz, an der Bahnhofstrasse in Zürich, die Neuheiten der

«Basel 2002 - Weltmesse für Uhren und Schmuck» und des «Salon

International de la Haute Horlogerie Genève». Darüber hinaus können

Sie exklusive Eigenkreationen aus der Schmück-Werkstatt Türlers bewundern. Kommen Sie mit in die bezaubernde

Welt der faszinierenden Uhren und Juwelen.

Wir freuen uns bereits jetzt auf Ihren Besuch.

Franz Türlers
Franz Türlers
mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern



TÜRLER
UHREN & JUWELN

Zürich Paradeplatz, Bahnhofstrasse 28

Zürich Airport Terminals A und B

Bern Marktgasse 3

Berlin Haus der Schweiz

Unter den Linden

Ecke Friedrichstrasse

Vertretungen

New York Madison Avenue 515

Tokyo Tenshodo, 4-3 Ginza

Service-Organisationen

in fünf Kontinenten

Internet www.tuerler.ch